

Kein Rückzug der Reichen

VON CHRISTIAN SCHÜTZE

Die Dritte Welt halten wir für eine Art Randerscheinung auf unserem zweigeteilten Erdball, wo die Supermächte den Kampf der Skorpione in der Flasche vorführen. Doch in dieser Dritten Welt werden bald vier Fünftel aller Menschen leben, eine Tatsache, die mehr Aufmerksamkeit verdiente, als sie findet. Seit 25 Jahren gibt es das, was wir staatliche Entwicklungshilfe nennen. Aus diesem Anlaß, aber auch wegen der von den Fachleuten als dringend nötig empfundenen Überprüfung der bisherigen Politik, landen im März - von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet - eine Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" sowie eine Expertenanhörung vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Der Limburger Bischof Franz Kamphaus nannte dabei das Nord-Süd-Gefälle die neue soziale Frage unseres Jahrhunderts. „Würden wir uns in Entwicklungsfragen so engagieren wie in den Verteilungskämpfen im eigenen Land, wären wir in Sachen Gerechtigkeit ein Stück weiter."

Verschleiß der hohen Werte

Der Gedanke klingt nach reiner Utopie, ist aber nichts anderes als die Neuformulierung der alten christlichen Zumutung, daß einer seinen Nächsten lieben soll wie sich selbst. Bischof Kamphaus sieht die Gefahr, daß die Entwicklungspolitik zum Blinddarm der Wirtschaftspolitik" degeneriert. In der Tat ist in dem vergangenen Vierteljahrhundert der einstmals mit so hohen Werten wie Solidarität, Humanität, Nächstenliebe verbundene Begriff Entwicklungshilfe zerschlossen worden. Er geriet von vielen Seiten unter Druck. Die Egoisten wußten immer schon, daß man den faulen Indern und Negern nichts schenken dürfe; schließlich habe man selbst sich groß gehungert. Die eine Fraktion der Entwicklungspolitiker wollte Hilfen davon abhängig machen, daß der empfangende Staat politische Ziele des Geberlandes unterstützt oder dessen wirtschaftspolitische Erfolgsrezepte kopiert. Die andere Fraktion glaubte an faire Partnerschaft und an bedingungslose Hilfe für junge Staaten, die den Weg aus kolonialer Vergangenheit und wirtschaftlicher Misere nach ihren eigenen kulturellen Traditionen finden sollten.

Beide Fraktionen wurden schließlich *enttäuscht*. Die einen fühlten sich erst erpreßt und dann betrogen, wenn der undankbare Empfänger s weltpolitische Lager wechselte; die anderen mußten erfahren, daß ihr Geld nicht bei den Armen ankam, sondern bei den Armeen. In der

Öffentlichkeit der Geberländer wurde die Entwicklungshilfe unpopulär. Die Parlamente reagierten entsprechend, indem sie den immer schon bescheidenen Entwicklungshilfahaushalt nur widerwillig steigerten. In der Bundesrepublik erfand man für das zuständige Ressort den neuen Namen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit". Das klang für die Partnerländer nicht mehr nach Unterentwicklung"; aber auch dem deutschen Steuerzahler klingt das Wort Wirtschaft nun einmal angenehmer als Hilfe.

Hilfe, die dem Helfer hilft

Im Werben um Sympathie für die Entwicklungshilfe als politische Aufgabe fiel auch das Arbeitsplatzargument. Bereits zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition erinnerte einer ihrer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, daran, daß jeder sechste Arbeitsplatz in der Bundesrepublik durch diese Hilfe gesichert werde. Die gegenwärtige Bundesregierung erklärte das wirtschaftliche Eigeninteresse unseres Landes nach der Förderung des Fortschritts in Ländern Dritten Welt zum Ziel der Entwicklungspolitik. In den neuen „Grundlinien“ heißt es, in allen entwicklungspolitisch geeigneten Fällen achte die Bundesregierung bei ihrer Hilfe darauf, daß sie für die deutschen Firmen und Arbeitnehmer beschäftigungswirksam sei. So wäre denn das leidige Thema endlich dort verpackt, wo es am wenigsten stört: in der Wirtschaft. Was die Hilfe für die Bedürftigen angeht, ob sie möglich ist, wie man sie besser als bisher machen könnte, was sie im ganzen und im einzelnen bewirkt - das ist zu einer Sache der Fachleute geworden. Die haben sich jetzt an eine Bilanz gemacht. Sicher, die ursprünglichen Hoffnungen sind verfliegen. Die Zahl der notleidenden Menschen wurde größer, zumal in Afrika, das als Hungerregion die Nachfolge von China und Indien angetreten hat.

Ist daran die Entwicklungshilfe schuld? Brigitte Erler hat sie mit ihrem herausfordernden Buch „Tödliche Hilfe“ als eine Fortsetzung von Raubbau und Ausbeutung angeklagt. In der Anhörung des Bundestagsausschusses sagte die einstige Entwicklungshelferin, es komme nur darauf an, ungleiche Einkommensstrukturen, Gewaltherrschaft, Unterdrückung von Minderheiten und die Ausbeutung durch internationale Konzerne zu unterbinden; dann werde Entwicklungshilfe überflüssig.

Solche Radikalität klingt überzeugend, aber sie ersetzt das Experiment der Hilfe nur durch das andere Experiment des Nichtstuns. Es ist keineswegs sicher, daß dieses mehr Erfolg bringt. Mag sein, daß manche Entwicklungshilfe neue Tyrannen begünstigt und ausbeuterische Wirtschaftsformen gefördert hat. Aber durch einfaches Abschalten unserer Zuwendungen - und damit unseres Interesses -

werden solche Fehlentwicklungen noch nicht korrigiert. Es käme darauf an, die erkannten Mängel der bisherigen Hilfepolitik in Zukunft zu vermeiden und mit besseren Methoden weiterzumachen. Es sollte darüber hinaus auch zur Kenntnis genommen werden, daß es viele Fälle erfolgreicher Entwicklung gibt.

Die spektakulären Beispiele - China und Indien exportieren Getreide - sind nicht gemeint; sie beweisen eher, daß Entwicklungshilfe auf etwas anderes zielen muß als auf nationale Wirtschaftskraft, von der die Armen meist nichts haben. Die Politik der Weltbank und des Weltwährungsfonds zielt darauf, die Entwicklungsländer in die großen Kreisläufe der Weltwirtschaft einzubinden. Das mag manchen Nationalbudgets gut tun, auch wenn die wachsende Verschuldung der meisten Länder der Dritten Welt gegen das Konzept spricht. Oder ist die Folge der Verschuldung der Staaten vielleicht eine stille, unmerkliche Verbesserung der Lebensumstände der Bürger? Das ist wenig wahrscheinlich. Eher gehen Staatsverschuldung und Wachstum auf den Auslandskonten der Mächtigen Hand in Hand. Entwicklung ist etwas anderes.

Ein neuer Anlauf ist nötig

Die offizielle Entwicklungspolitik kommt an den staatlichen Autoritäten und Bürokratien der Empfängerländer nur schwer vorbei. Dabei entsteht viel Abrieb"; bei den wirklich Bedürftigen kommt nur noch wenig an. So taucht immer wieder der Vorschlag auf, den „Nicht-Regierungsorganisationen“, also vor allem die kirchlichen Entwicklungsdienste, mit mehr staatlichen Mitteln als bisher auszustatten, weil sie mit ihren traditionellen privaten Beziehungen in der Dritten Welt besser an die Hilfsbedürftigen herankommen. Die entwicklungspolitischen Zentralstellen der beiden Kirchen haben in einem Brief an den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit solchen Gedanken widersprochen. Die Kirche könne nur wirken, wenn zwischenstaatliche Entwicklungspolitik Freiräume für die Selbsthilfe schaffe und an der armutsorientierten Entwicklungsarbeit" teilnehme.

Anders ausgedrückt: Bonn darf die internationale "Sozialarbeit" nicht den Kirchen allein überlassen, um sich auf Regierungsebene konfliktfrei mit Wirtschaftskontakten zu begnügen. Nach enttäuschenden 25 Jahren kann die Konsequenz nicht der mehr oder weniger verschleierte Rückzug aus der internationalen Aufgabe Entwicklungshilfe sein, sondern die entschiedene Nutzung der gesammelten Erkenntnis für ein reiches Land eine Ehrensache.